

Präambel

Dieses Programm stellt die Ziele der Piraten für die neu beginnende Legislaturperiode in Hessen dar. Es fußt auf den Prinzipien, aus denen die Piraten entstanden sind: Der Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Individuum in einer sozialen ethischen Gesellschaft sowie dem Schutz des zur Entfaltung des Menschen immer erforderlichen privaten und unan-tastbaren Lebensraumes, sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht.

Meiner Meinung



.... nach ist die Einflussnahme der Wirtschaft auf die Politik aktuell so groß, dass nur neue politische Strukturen dieses Flechtwerk entzerren können. Als eine Struktur, die das schaffen kann, sehe ich die Piratenpartei an.

Kultur und Bildung sind die besten Garanten für eine gefestigte Gesellschaftsstruktur, in der jeder Einzelne sein Tun beurteilen und abwägen kann. Verantwortung und Respekt gegenüber der Gesellschaft und damit auch gegenüber dem Einzelnen sind Grundwerte denen wir uns verpflichtet fühlen.

Thorsten Wirth

Landesvorsitzender der Piratenpartei Hessen

Nur starke Piraten können unsere Demokratie vor dem Sicherheitswahn schützen, deshalb am 27. Januar 2008 die PIRATEN wählen! Schreiben Sie uns, mailen Sie uns, sprechen Sie uns an:

Piratenpartei Hessen
Postfach 900502
60445 Frankfurt am Main
vorstand@piratenpartei-hessen.de

Direkt zu den Kandidaten:
Thorsten Wirth: t.wirth@piratenpartei-hessen.de
Jürgen Erkmann: j.erkmann@piratenpartei-hessen.de
Stefan Hermes: hermes@piratenpartei-hessen.de
Simon Klages: simon.klages@piratenpartei-hessen.de
Dirk Roth: droth@piratenpartei-hessen.de
Peter Dambier: p.dambier@piratenpartei-hessen.de
Karin Dambier: k.dambier@piratenpartei-hessen.de

Stammtisch:
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat
Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5 (a.d. Fressgass)
Raum I. Stock
Frankfurt am Main
19:00 Uhr



Transparenz statt Korruption!
Am 27.01.2008 Piraten wählen!

<http://www.klarmachen-zum-aendern.de>
<http://www.piratenpartei-hessen.de>

Informationelle Selbstbestimmung

Die informationelle Selbstbestimmung muss sowohl in der hessischen Verfassung als auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als Grundrecht verankert werden. Jeder Mensch hat eine Privatsphäre, die frei von Überwachung bleiben muss. Der Staat muss verpflichtet werden, jedem Bürger und juristischen Person auf Verlangen Informationen über die ihn betreffenden gespeicherten Daten kostenlos Auskunft zu geben und gegebenenfalls zu korrigieren.

• Onlinedurchsuchung

Die freie Meinungsäußerung ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie und darf nicht durch Onlinedurchsuchungen untergraben werden.

• Vorratsdatenspeicherung

Die Sicherung des Fernmeldegeheimnisses ist ein wichtiger Grundpfeiler zum Erhalt der Demokratie. Die Vorratsdatenspeicherung in der derzeit beschlossenen Form muss ersatzlos gestrichen werden, da diese ein eklatanter Verstoß gegenüber Art. 10 GG darstellt.

• Datensicherheit und Wahrung der Privatsphäre

Zur Gewährleistung von Datensicherheit und Privatsphäre müssen unterstützende Technologien in besonderem Maße gefördert werden. Die Informationsinfrastruktur muss von unabhängigen Fachleuten überprüft werden.

• Elektronische Ausweisdokumente

Biometrische Merkmale dürfen nicht im Zusammenhang mit offiziellen Dokumenten zur Identifikation eines Bürgers gespeichert werden. Es bringt keinen Sicherheitsgewinn, da diese Maßnahmen umgangen werden können. Eine erhöhte Fälschungssicherheit, die diese Maßnahmen rechtfertigen würde, ist ebenfalls nicht gegeben. Es ermöglicht jedoch eine möglichst lückenlose Überwachbarkeit großer Teile der Bevölkerung.

• Videoüberwachung

Der Ausbau der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen muss gestoppt werden, da er nur scheinbar Sicherheit vermittelt, und eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt.

Bildung

Es ist erforderlich, die in anderen Ländern erfolgreichen Maßnahmen zu erkennen und für Hessen zu adaptieren. Schulen müssen mehr dazu beitragen, soziale Klüften zu überwinden.

Neben einer ausreichenden Zahl von Lehrern brauchen diese mehr Kompetenz im Umgang mit neuen Medien. Hierzu zählt auch die Forderung nach Benutzung von offenen, nach DIN oder ISO zertifizierten Standards zum Datenaustausch.

Die Einführung der Studiengebühren zur Erhöhung der Effizienz in Hochschulen und Universitäten verfehlt klar ihr Ziel und muss zurückgenommen werden. Um eine Benachteiligung sozial und finanziell schwächer gestellter Studenten auszuschließen, sind zur Finanzierung für Hochschulen neben der öffentlichen Hand auch private und gewerbliche Stiftungen anzustreben. Die freie und uneingeschränkte Zugänglichkeit zu Wissen und Werken, die in Hochschulen erarbeitet wurden, muß für alle öffentlichen Einrichtungen gewährleistet sein. Wirtschaftlich verwertbare Forschungsergebnisse und daraus erzielte Erlöse sollen in den Ausbau von Bildungseinrichtungen fließen.

Sicherheitspolitik

Der Bereich Inneres ist für die Piratenpartei von zentraler Bedeutung. Das massive Missbrauchspotenzial durch die installierten Überwachungstechniken und -werkzeuge erfordert allerhöchste Wachsamkeit und ethische Werte bei den Beamtinnen und Beamten, die diese Werkzeuge bedienen. Sicherheit entsteht durch Nähe und Vertrauen. Die Piratenpartei Hessen setzt sich für den Stellenausbau und die Weiterbildung der Polizei in Hessen ein und will das öffentliche Bild der Polizei als kritisch und bürgernah stärken. Wir brauchen soziale Kompetenz und Persönlichkeit im Polizeidienst. Der Einsatz von freiwilligen Hilfspolizisten für den Ordnungsbereich, die in Ihrem jeweiligen Wohnviertel eine Zwischeninstanz zur Berufspolizei bilden kann die normale Polizeiarbeit ergänzen.

Informationsfreiheit und Transparenz

Ein wesentlicher Teil der Politik der Piraten stellt die Durchsichtigkeit und Nachvollziehbarkeit politischer Vorgänge dar. Genauso wie parlamentarische Abstimmungen, müssen politische Entscheidungen für den Bürger als Souverän des Staates offen und nachvollziehbar sein. Deshalb ist die Arbeit von und mit Interessensvertretern der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen offenzulegen und zu dokumentieren. Hierzu zählen auch die Einkommensverhältnisse aller an der politischen Entscheidungsfindung Beteiligten. Eine ausreichende Alimentierung ist Voraussetzung für unabhängige und effektive Arbeit.

Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl von schöpferischen Tätigkeiten finanziert, die als Produkt urheberrechtlich geschützte Werke hervorbringen. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung stehen.

Dies gilt für Publikationen aus staatlich finanzierter oder geförderter Forschung ebenso wie für digitale Güter, die mit öffentlichen Mitteln produziert werden.

- Open Access in der Forschung

- Open Access in der öffentlichen Verwaltung

Wahlrecht

Die Piraten fordern die Abschaffung jeglicher Maßnahmen, durch die Nachvollziehbarkeit demokratischer Wahlen gefährdet wird. Konkret werden Wahlcomputer adressiert, die in Hessen in neun Gemeinden eingesetzt werden sollen.

Während bei dem klassischen Papierstimmzettel die Wahl von jedermann nachvollzogen werden kann, müssen beim Einsatz von Wahlcomputern Millionen Bürger auf die Richtigkeit vertrauen.